

Detlef Lehnert (Hrsg.), SPD und Parlamentarismus. Entwicklungslinien und Problemfelder 1871–1990 (Historische Demokratieforschung, Bd. 9), Böhlau Verlag, Köln/Weimar etc. 2016, 315 S., geb., 45,00 €.

Die SPD, 1875 in Gotha als Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) gegründet, ist Deutschlands älteste politische Partei. Dem Deutschen Reichstag gehörte sie bzw. ihre Vorgängerorganisation, die 1869 in Eisenach gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) seit seiner Gründung 1871 bis zum Ende des parlamentarischen Systems 1933 ununterbrochen an: seit 1890 als stärkste Partei des Reichs (was aufgrund der diskriminierenden Wahlkreiseinteilung aber nicht zur entsprechenden Fraktionsstärke führte), von 1912 bis zur Juliwahl 1932 auch als stärkste Fraktion. Nach 1945, nach Exil und Verfolgung, nahm sie die parlamentarische Arbeit wieder auf, prägte die Gründungsentscheidungen der Bundesrepublik entscheidend mit und galt lange – neben der Hauptkonkurrenz CDU/CSU – als eine der beiden großen, parlamentarisch verankerten Volksparteien. Mit Philipp Scheidemann (1919), Gustav Bauer (1919/20), Hermann Müller (1920, 1928–1930), Willy Brandt (1969–1974) und Helmut Schmidt (1974–1982) stellte sie zwischen 1871 und 1990 sechsmal – angesichts ihrer tatsächlichen Stärke erstaunlich selten – den Chef einer parlamentarischen Regierung. Gleichwohl ist sie – das zeigt der hier besprochene, dem Andenken Gerhard A. Ritters gewidmete Sammelband – in dieser Zeitspanne ein wesentlicher Aktivposten des deutschen Parlamentarismus gewesen und eine der treibenden Kräfte der Parlamentarisierung.

Dass diese Entwicklung nicht allzu geradlinig verlief, sondern durchaus mit Ambivalenzen behaftet war, zeigen die eröffnenden Beiträge über das Verhältnis der Sozialdemokratie zum parlamentarischen System 1871–1890 (Volker Stalman), über den Sonderfall der süddeutschen, stärker reformistisch ausgerichteten Parteigliederungen zwischen 1890 und 1903 (Karl Heinrich Pohl) und über die Stellung der SPD im Spannungsfeld von Opposition und Kooperation von 1903 bis zum Wahlsieg von 1912 (Holger Czitrich-Stahl): An der Wiege der Sozialdemokratie – so führt Stalman überzeugend aus – stand bereits die Frage, ob das den sozialistischen Mitgliedern feindlich gesinnte Parlament als bloße Agitations- und Mobilisierungsbühne zu betrachten sei oder aber als wirkliches Werkzeug zur demokratischen Umgestaltung des neugegründeten Reichs. Dies hatte viel mit den Ursprüngen der SAP zu tun, die sich aus der eher fundamentaloppositionellen SDAP und der eher staatssozialistischen lassalleinischen Richtung speiste. Das 1878 verabschiedete ›Sozialistengesetz‹, unter dessen Druck die Partei bis 1890 stand, war nicht dazu angetan, Vorbehalte gegenüber einer Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen bzw. einer Mitarbeit am Gegenwartsstaat zu zerstreuen. Gleichzeitig brachte die »Verfolgungszeit« aber eine spürbare Aufwertung der Reichstagsfraktion mit sich, die als einziges legal operierendes Gremium die Geschicke der Partei lenkte. Die Mitglieder der Fraktion selbst – an ihrer Spitze August Bebel und Wilhelm Liebknecht – verstanden schon bald, die parlamentarischen Möglichkeiten zu Gunsten ihrer Organisation und Anhängerschaft gekonnt zu nutzen.

Mit dem Ende des ›Sozialistengesetzes‹ und dem Wahlerfolg von 1890 traten Parteiführer auf den Plan, die eine prinzipielle Wende in Programmatik und Taktik forderten: Mit den revolutionären Phrasen sollte Schluss gemacht, der Parlamentarismus stattdessen als Hebel zur allmählichen Verbesserung der Lebensbedingungen des Proletariats begriffen werden. Mit derartigen Forderungen machte vor allem der bayerische Sozialistenführer Georg von Vollmar von sich reden, dessen Vorschlägen, wie Pohl zeigt, gegen den Widerstand des Berliner Parteivorstands, vor allem die süddeutschen Genossen folgten. Ursache hierfür war das – gemessen an Preußen – liberalere Klima in Bayern, Baden und Württemberg. Auch auf Reichsebene – das wird aus Czitrich-Stahls Beitrag deutlich – gerieten die innerparteilichen Dinge zunehmend in Bewegung: Die Partei wuchs und veränderte sich. 1912 zählte sie fast eine Million Mitglieder und stellte erstmals auch die stärkste Reichstagsfraktion. Fundamentalopposition schien kaum noch eine Option. Die Zeichen eines immer stärkeren Hineinwachsens in das politische System ließen sich kaum verleugnen. Die Gegner dieser Entwicklung – die vor allem dem linken Parteiflügel

zuzuordnen waren – warnten lautstark vor den Gefahren der parlamentarischen »Versumpfung«, wenn die Partei ihre revolutionäre Mission vergäbe. Die Debatten, die die Parteitage jener Jahre prägten – Massenstreikdebatte, Budgetbewilligungsdebatten, Kaiserhochdebatte – trugen allerdings eher den Charakter von Rückzugsgefechten. Die SPD war auf dem besten Weg, eine nichtrevolutionäre, gouvernementale Reformpartei zu werden.

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs befeuerte diese Entwicklung noch. Die SPD, die den Kurs der Regierung mittrug, wurde immer stärker mit dem kaiserlichen Deutschland identifiziert, was 1916/17 schließlich zur Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung führte. Ob diese Spaltung, wie Detlef Lehnert in seinem Beitrag fragt, hätte verhindert werden können, wenn sich die SPD-Reichstagsfraktion die symbolpolitisch wichtigen Kriegskreditbewilligungen von Anfang an verkniffen hätte, steht dahin. Aus der auch in Kriegszeiten konsequent durchgezogenen Ablehnung des Reichsbudgets erwachsen ihr jedenfalls keine Probleme. Auf Lehnerts lebendig und quellennah geschriebenen Beitrag, der die Jahre 1913 bis 1922 umfasst, folgt Rainer Behring mit einer Zusammenfassung seiner Studien zur Außenpolitik der SPD zwischen 1923 und 1932. Hermann Müllers, Rudolf Hilferdings und Eduard Davids Konzeptionen werden erörtert und historisch kontextualisiert. Wobei Behring den begründeten Verdacht äußert, dass die durch Internationalisierung des Parlamentarismus und Parlamentarisierung des Völkerbunds zu gewährleistende Weltfriedensordnung, die die SPD erstrebte, nicht vielleicht doch auf einem allzu optimistischen Menschen- und Zukunftsbild beruhte. Wie naiv manche Vorstellungen waren, erwies sich 1933 mit Macht und Terror. Die mutigen Worte, die Otto Wels im Reichstag 1933 sprach, werden von Peter Steinbach ausdrücklich gewürdigt, bevor er sich eingehend mit dem »Prager Manifest« des Exil-Parteivorstands (SoPaDe) befasst, das der Weimarer Sozialdemokratie ihre Versäumnisse und Fehler in teils krasser Weise vorrechnete und auf eine revolutionäre Wiedergewinnung der demokratischen Freiheiten setzte.

Den Übergang von den politischen Klärungsprozessen im Exil zum westdeutschen Neubeginn schildert Peter Brandt: Die große Hoffnung der Exil-SPD: »Nach Hitler wir«, erfüllte sich nicht. Die Nachkriegs-SPD konnte sich insbesondere mit ihren wirtschaftspolitischen Forderungen weitgehend nicht durchsetzen, und der Parteivorsitzende Kurt Schumacher erwies sich, wie Siegfried Heimann in seinem Beitrag über die innerparteilichen Reformjahre 1953–1963 attestiert, mitunter als schwere Hypothek. Jener Transformationsprozess, der mit dem Godesberger Parteitag von 1959 assoziiert wird, hätte, meint Heimann, bereits 1949 angestoßen werden müssen. Dieses Versäumnis bezahlte die SPD mit 17 Oppositionsjahren. Robert Philipps zeichnet sodann den Weg von der Neuaufstellung der SPD unter Willy Brandt zur Großen Koalition von 1966 und schließlich zu Brandts Kanzlerschaft 1969 nach. Hierbei rückt er insbesondere die Reibungs- und Berührungspunkte zwischen SPD und (mitunter krass antiparlamentarischer) APO in den Fokus. Abschließend unterzieht Bernd Faulenbach das »sozialdemokratische Jahrzehnt« bis zum Ende der Kanzlerschaft Helmut Schmidts 1982 einer profunden Untersuchung: die Antagonismen innerhalb der Troika Brandt-Wehner-Schmidt, die »Wachstumsprobleme« einer sich den Neuen Sozialen Bewegungen öffnenden Partei, die Konflikte zwischen dem Bundeskanzler und einer Fraktion, die der kränkelnde »Zuchtmeister« Wehner kaum mehr unter Kontrolle hatte – all das bezieht Faulenbach in seine Betrachtung ein. Die Ära Hans-Jochen Vogels bleibt hierbei weitgehend ausgespart.

Der Sammelband entlässt den Leser ohne jegliches Gefühl der Disparität. Die einzelnen Beiträge leiten jeweils in den folgenden über, verschieben mitunter Akzente und Wertungen, ergeben aber insgesamt ein Buch aus einem Guss. Und sie leisten, was der Herausgeber geleistet wissen wollte: eine Beziehungsgeschichte zum Thema »SPD und Parlamentarismus«, die auch viel über das Eigenleben der zueinander in Beziehung Gesetzten verrät.

Max Bloch, Köln

Zitierempfehlung:

Max Bloch: Rezension von: Detlef Lehnert (Hrsg.), SPD und Parlamentarismus. Entwicklungslinien und Problemfelder 1871–1990 (Historische Demokratieforschung, Bd. 9), Böhlau Verlag, Köln/Weimar etc. 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81802>> [28.2.2017].